



Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Newsletter



Berlin, 16. Dezember 2011

www.garreltduin.de

Ausgabe 12/ 2011 II

Rösler duldet Benzin-Preistreiberei

Erst die Partei, dann das Land: Minister als FDP-Parteichef vollends ausgelastet

Die Spritpreise klettern auf Rekordhöhen. Doch Wirtschaftsminister Rösler, FDP, liefert nur leere Versprechungen. Zwischen den Mineralöl-Konzernen gibt es kaum Konkurrenz. Deshalb ist Sprit teuer wie nie zuvor. Rösler sieht dem ungenierten Griff der

Konzerne in die Taschen der Autofahrer tatenlos zu. Im Mai versprach er, „politische Konsequenzen“ für marktgerechte Benzinpreise zu ziehen. Doch geschehen ist nichts. Rösler ist als FDP-Chef so eingespant, dass er den Aufgaben als Minister nicht gerecht

wird. So hatte er für eine wichtige Konferenz über die Energiewende keine Zeit und schickte einen Staatssekretär. Er zog eine Pressekonferenz wegen des abgetretenen FDP-Generalsekretärs vor. Garrelt Duin: „Sein Motto ist: Erst die Partei, dann das Land.“

Heim!

Ist ein halb gefülltes Glas halb voll oder halb leer? Ich neige eher zur optimistischen Betrachtungsweise - und so halte ich es denn zum Jahreswechsel auch mit dem Blick auf die politische Lage - ohne dabei den Blick für die Wirklichkeit zu verlieren oder die schwierige Zeit schön zu reden. Unser Land und ganz Europa durchleben seit Monaten die heftigste Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik. Wir Sozialdemokraten sehen in Europa nicht das Problem, sondern die Lösung. Deshalb wollen wir eine erneuerte EU und eine gemeinsame Verantwortung für den Euro. Der Weg aus der Krise führt über die reale Wirtschaft, die dafür Impulse braucht für Wachstum. Die Haushalte in Ordnung und die Wirtschaft in Schwung bringen - nur so geht es. Leider untergraben Krisengipfel ohne Substanz das Vertrauen vieler Menschen in Europa und sogar in die Demokratie. Besonders der jüngste Gipfel war reine Augenschwermerei. Wir brauchen endlich gemeinsame starke Beschlüsse. Dann füllt sich das Glas wieder.

Garrelt Duin

Frohe Weihnachten



Garrelt Duin und sein Team im Wahlkreis und in Berlin wünschen allen Leserinnen und Lesern dieses Newsletters frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr 2012 - persönlich Zufriedenheit, Gesundheit und das nötige Quäntchen Glück, und unserem Land eine gesicherte Zukunft. Das Foto zeigt den Reichstag in Berlin im Weihnachtsglanz.

VW-Gesetz: Gemeinsam gegen den EU-Kommissar

Fraktionsübergreifende Initiative niedersächsischer Bundestagsabgeordneter für Erhalt des VW-Gesetzes

In einem gemeinsamen Schreiben fordern vier niedersächsische Bundestagsabgeordnete von SPD, CDU, FDP und Grünen den EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, auf, die Klage der EU vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) gegen das VW-Gesetz zurückzuziehen. Die Abgeordneten, unter ihnen Garrelt Duin, machen Barnier deutlich, dass die Bundesregierung das 2007 ergangene Urteil des EuGH zum VW-Gesetz angemessen umgesetzt habe: „Daher können wir den erneuten Vorstoß Ihres Hauses nicht nachvollziehen.“ Die Abgeordneten wollen, dass die VW-Mitarbeiter, unter ihnen rund 8000 in Emden, „auch in Zukunft unter stabilen Rahmenbedingungen arbeiten können“.



Der EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Michel Barnier, erhielt Post aus Berlin. Vier Abgeordnete fordern ihn - ähnlich wie Ministerpräsident McAllister - dazu auf, das neue Vertragsverletzungsverfahren vor dem EuGH wegen des VW-Gesetzes zurückzuziehen. Hier unterschreibt Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Links Patrick Döring, Fraktionsvize der FDP, rechts Brigitte Pothmer, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Grünen, und Michael Grosse-Brömer, Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen der CDU.

Versicherte schützen

SPD: Nachteile bei Kassenpleiten ausschließen

Die Pleite der Krankenkasse City-BKK ist wahrscheinlich nicht die letzte dieser Art. In Deutschland gibt es zu viele Krankenkassen, die mit Sicherheit nicht alle überleben werden. Deshalb möchte die SPD-Bundestagsfraktion ausschließen, dass Versicherte wie neulich beim Zusammenbruch der City-BKK praktisch kassenlos auf der Straße stehen. Kassen weigerten sich lange, die BKK-Mitglieder aufzunehmen. Dieser Umgang der gesetzlichen Krankenkassen mit den Mitgliedern der City-BKK hat jedenfalls das Vertrauen in die Solidarität im Gesundheitssystem erschüttert. In Zukunft sollen weder Versicherte noch Beschäftigte Nachteile durch Kassenpleiten haben. Die

SPD-Bundestagsfraktion fordert von der Regierung, sicher zu stellen, dass den Versicherten bei Kassenschließungen keine Lücken im Versicherungsschutz oder Leistungsbezug entstehen. Garrelt Duin: „Wir wollen Anreize abschaffen, die Kassen dazu verleiten, Versicherte nach ihren gesundheitlichen Risiken zu beurteilen.“ Der Wettbewerb zwischen Kassen soll auf Qualität und Wirtschaftlichkeit gerichtet sein. Einkommensunabhängige Zusatzbeiträge sind abzuschaffen und durch eine paritätische Finanzierung zu ersetzen. Duin: „Für die Mitarbeiter aller Kassen müssen bei Schließungen die gleichen Regeln gelten. Sie brauchen einen Rechtsanspruch auf gesetzlichen und tariflichen Kündigungsschutz.“

Mehr Frauen

SPD will 40 Prozent Frauen in Leitungen von Großfirmen

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die „Berliner Erklärung“ nicht Schall und Rauch, sondern Anlass zum Handeln. Sie wird in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen. Darin wird sie konkrete Vorschläge machen, wie die Zahl von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen vergrößert werden kann. Ziel ist eine verbindliche Frauenquote von 40 Prozent. Garrelt Duin: „Diese Ziele, die sich mit denen der Berliner Erklärung im Grundsatz decken, können schnell und effizient erreicht werden.“

Die „Berliner Erklärung“, die am 15. Dezember veröffentlicht wurde, ist eine überparteiliche Initiative namhafter Frauen. Diese wollen mit gesetzlichen Frauenquoten mehr Geschlechterge-

rechtigkeit in Führungsgremien von börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen erreichen.

Zu den Erstunterzeichnerinnen gehören SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, die stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Hannelore Kraft, Manuela Schwesig und Aydan Özuguz. Sie verstehen die Erklärung als klare Absage an die „Flexi-Quote“ von Bundesministerin Schröder, CDU.

Bislang scheiterten Anträge von SPD und Grünen für eine Frauenquote im Bundestag. Jetzt beteiligen sich an der Erklärung auch Frauen aus der Regierungskoalition. Die Zeit für ein Gesetz drängt, denn 2013 werden viele Aufsichtsräte neu gewählt.

Flop

Niedriger Klimagipfel

Selten stand eine Welttagung unter so schlechtem Vorzeichen wie der Weltklimagipfel im südafrikanischen Durban. Die Erwartungen waren niedrig, die Ergebnisse noch mickriger. Nach tagelangen taktischen Grabenkämpfen wird verkündet, man habe die Weichen gestellt für ein neues globales Klimaabkommen. Duin: „Tatsache ist: Der Gipfel ist blamabel gescheitert.“ Statt Verpflichtungen zur CO₂-Minderung einzugehen, werden Absichten verkündet und neue Gipfel in Aussicht gestellt, Lösungen behauptet, aber nicht geliefert. Die Ergebnisse sollen 2020 greifen. Duin: „Das ist reine Augenwischerei.“ Daran ändern auch keine Schönfärbereien von Umweltminister Röttgen, CDU.

Kein Geld für Gebäudesanierung

Bundesregierung lässt Hausbesitzer und Mieter im Stich



Während einer Diskussion des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen (ifs) in Berlin kritisierte Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die starke Kürzung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms in diesem Jahr und die Streichung für 2012. Beim „Wohnungspolitischen Forum des ifs“ diskutierten - von links - die Wirtschaftspolitiker Thomas Bareiß, CDU, Garrelt Duin, SPD, Klaus Breil, FDP, Heidrun Bluhm, Die Linke, und Daniela Wagner, Grüne. Dr. Peter Runkel, Direktor des ifs-Städtebauinstituts, moderierte die Diskussion. Sie drehte sich um Energieeffizienz in Gebäuden und um Stadtentwicklungspolitik.

Computer für alle

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Bundestags streitet sich. Nur über Medienkompetenz besteht bisher Einigkeit. So sollen

alle Schüler mobile Computer erhalten. Lehrerausbildung, Bildungskonzepte und Lerninhalte müssen dem digitalen Zeitalter angepasst werden.

Effizienz für alle

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, Energie-Effizienz für alle zu ermöglichen. Dazu soll sie einen Fonds auflegen. Mit den Mitteln sollen Energieberatung, Zuschüs-

se zum Austausch alter Haushalts-Elektrogeräte, Kleinkredite und Zuschüsse für Effizienzmaßnahmen in Haushalten und kleinen Firmen gefördert werden.

Merkel täuscht die Menschen über die Rolle der EZB

Jüngster Krisen-Gipfel der EU-Regierungs-Chefs war ein Fiasko / Steinmeier rechnet mit Kanzlerin ab

Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, rechnet scharf ab mit dem jüngsten Euro-Krisen-Gipfel in Brüssel:

„Der Gipfel war ein Fiasko. Wir haben es Kanzlerin Merkel vorher gesagt: Simulierte Politik hilft nicht weiter. Ersatzhandlungen statt Problemlösungen verschlimmern die Lage.“

Die Finanzanalysten haben das Märchen von der Krisenbewältigung gnadenlos durchschaut: Keine Einigkeit, sondern Zeichen der Spaltung Europas, kein Signal

der gemeinsamen Haftung, keine Klarheit über die Rolle der EZB, wortreiche Nebel über Vertragsänderungen und Sanktionen, aber keine Aussicht auf eine Lösung der akuten Schuldenfrage. Der Vertrauensverlust grassiert weiter, die Anleger fliehen den Euro-Raum, die Rezessionsgefahr in Europa nimmt täglich zu.

Allein Italien muss in den nächsten Monaten 180 Milliarden Euro finanzieren, ohne das Vertrauen der Anleger zu haben. Über das Ziel der Stabilität in Europa besteht zwischen uns und der Bundesregierung kein Streit. Ob aber

ihr Handeln der Stabilität dient oder vielmehr die Stabilität gefährdet, das muss im Kern der öffentlichen Auseinandersetzung stehen. Denn nichts ist 2011 stabiler geworden in Europa.

Die Krise hat sich im Gegenteil dramatisch beschleunigt. Die große Täuschung, mit der Merkel die Öffentlichkeit an der Nase herumführen will, betrifft die Rolle der Europäischen Zentralbank, die dort handelt, wo die Regierungen Handeln verweigern.

Hier hat der Gipfel das absurde Theater fortgesetzt. Während

Deutschland behauptet, die Unabhängigkeit und Zurückhaltung der Zentralbank bleibe unangestastet, geht Frankreich davon aus, die EZB übernehme nun die zentrale Rolle als Bürge letzter Instanz. Alle Rettungsmechanismen sollen an die EZB gebunden werden. Wie genau, weiß keiner.

Ein europäischer Schuldentilgungsfonds ist ein kluger Vorschlag. Er kann die Zinsen (der Schuldnerländer) senken, aber die langfristige nationale Tilgungsverpflichtung aufrecht erhalten. Das wäre ein Signal des europäischen Zusammenhalts.“

Dank und Anerkennung für Partei-Jubilare in Pewsum

Auch Nachwuchs fehlt nicht: Lukas Bürger mit 14 das jüngste Mitglied aller Zeiten in der Krummhörn



Die SPD ist und bleibt eine Mitgliederpartei. Sie lebt vom Engagement dieser Frauen und Männer, die ihr oft schon jahrzehntelang die Treue halten. Insgesamt 100 Jahre - je 25 - gehören Erika Schüller-Janssen, Frerich de Vries,

Frank Baumann und Claas Cordes vom SPD-Ortsverein Pewsum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Dafür sprach ihnen Garrelt Duin Dank und Anerkennung aus. Gemeindeverbandsvorsitzender Hermann Oost

und Ortsvereinsvorsitzende Helma Kather schlossen sich den guten Wünschen an. Sein erstes Parteibuch erhielt Lukas Bürger. Der 14-Jährige ist das bisher jüngste SPD-Mitglied aller Zeiten in der Krummhörn.



Erst 14 und schon SPD-Mitglied: Lukas Bürger aus Pewsum. - Nach der Ehrung: Von links SPD-Gemeindeverbandsvorsitzender Hermann Oost, Garrelt Duin, Frerich de Vries, Erika Schüller-Janssen, SPD-Ortsvereins-Vorsitzende Helma Kather, Frank Baumann und Claas Cordes.

Sorgen wegen der Krise um den Euro

Arbeitslosigkeit bleibt in der Sorgenskala / Neu taucht Rechtsextremismus auf



Schwarzmalen gilt nicht - aber die Augen vor den Realitäten zu schließen ist auch nicht angesagt. Die Deutschen jedenfalls blicken mit einigen Sorgen auf das neue Jahr. Die Krise im Eurogebiet beherrscht das Thema zum Jahreswechsel. Ständige, kaum durchschaubare Rettungspakete und eine Kette von Krisengipfeln ohne tragfähige Ergebnisse steigern die Verunsicherung. Auch das Problem Arbeitslosigkeit ist nicht vom Tisch. Neu in der Sorgenskala ist der Rechtsextremismus. Die Mordserie des Jenaer Neonazi-Trios hat das Thema in den Mittelpunkt gerückt.

Spruch der Woche

„Helmut wollte nicht mehr. Ich hab' ihn gefragt.“

SPD-Chef Sigmar Gabriel über Altkanzler Helmut Schmidt und die Debatte über den Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2013.



Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445
garrelt.duin@bundestag.de | www.garreltduin.de

Bildrechte

Eigene Aufnahmen, Frank Ossenbrink, Deutscher Bundestag—Lichtblick/Achim Melde, Johann Schüller, SPD-Planungsgruppe